



**Dietmar Danz**  
✉ Nußbaumstraße 44  
53359 Rheinbach  
☎ 02225 7089682  
@ info@dietmar-danz.de  
🏠 www.dietmar-danz.de  
f facebook.com/  
Dietmar Danz

## **Rede anlässlich der Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 mit Haushaltssicherungskonzept 2021 am 10.02.2020**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

wir verabschieden heute den Haushalt für das Jahr 2020. Mit diesem Jahr endet auch die aktuelle Legislaturperiode dieses Stadtrates. Genug Anlass ein erstes Fazit über die letzten Jahre zu ziehen. Und da der noch amtierende Hauptverwaltungsbeamte erklärt hat, bei der Kommunalwahl im Herbst d. J. nicht mehr für das Amt des Bürgermeisters kandidieren zu wollen, muss der fiskalische Rückblick zwangsläufig etwas breiter ausfallen, um die Handlungsfähigkeit künftig politisch Verantwortlicher besser einordnen zu können.

„Die Defizite von heute, sind die Steuern von morgen“ hat der britische Ökonom David Ricardo einmal gesagt. Könnte das die Überschrift über rund 20 Jahre finanzieller Verantwortung von Bürgermeister Stefan Raetz für Rheinbach sein?

Es ist unsere Aufgabe, einen Haushalt, ein Haushaltssanierungskonzept und einen Stellenplan zu verabschieden, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Eine Aufgabe, die zunehmend komplexer wird, nicht nur auf Grund der Fülle der zu bearbeitenden Daten, sondern auch, weil Einnahmen- wie Ausgabenfelder sich permanent bedingen, ergänzen oder ausschließen.

Natürlich stehen bei der Haushaltssatzung der Stadt Rheinbach unsere örtlichen Belange und die Bedarfe unserer eigenen städtischen Entwicklung und der Projekte im Vordergrund. Da wir als Kommune jedoch Teil des staatlichen Systems sind und somit auch zahlreiche Verbindungen und Verzahnungen zu dem komplexen staatlichen Finanzierungssystem zwischen Bund, Länder und Kommunen vorhanden sind, möchte ich vorab einige Worte zur Gesamtsituation der kommunalen Familie in NRW sagen. Zur politischen Einordnung gehört deshalb zwangsläufig ein Blick nach Berlin und Düsseldorf.

Wir befinden uns weiterhin auf einem hohen Niveau von Rekordsteuereinnahmen. Unsere Bundesregierung verzeichnet Haushaltsüberschüsse in Milliardenhöhe, die Haushaltsüberschüsse steigen kontinuierlich.

Und warum kommt das bei den Kommunen nicht an?

Obwohl der Bund in den vergangenen Jahren Entlastungsprogramme für die Kommunen auf den Weg gebracht hat – insbesondere bei den Sozialausgaben – bleibt ein strukturelles Problem bestehen. Es müssen also unbedingt weitere Entlastungsschritte folgen. Die staatliche Entlastung muss mit der realen Entwicklung Schritt halten.

Bereits in meiner Haushaltsrede 2019 habe ich deutlich gemacht, dass die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen auch in den nächsten Jahren eine Mammutaufgabe für die Städte und Gemeinden bleibt. Deshalb muss es auch weiterhin dauerhafte und ausreichende Finanzierungszusagen von Land und Bund geben.

Auch in den nächsten Jahren ist mit hohen Ausgaben für die Integration und Versorgung von Asylbewerbern, anerkannten Flüchtlingen sowie geduldeten Flüchtlingen zu rechnen. Sei es durch die Kosten für dazu neu zu schaffendem Wohnraum, für Sprachkurse oder die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Deshalb ist es unverzichtbar, dass Land und Bund den Großteil der Kostenfinanzierung übernehmen.

Wir Sozialdemokraten erwarten, dass das gemeinsame Bekenntnis zur Konnexität des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD auch eingehalten wird. Wenn die Ausgaben auf kommunaler Seite steigen, müssen auch die Erstattungen steigen.

Zwangsläufig fällt damit auch ein Blick nach Düsseldorf. Die damalige rot-grüne Landesregierung ist u. a. im Mai 2017 auch deshalb abgewählt worden, weil sie die Kommunen angeblich finanziell nicht ausreichend unterstützte. Lebhaft, auch von diesem Platz aus, hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion stets seine finanziellen Forderungen an die rot-grüne Landesregierung formuliert. Und jetzt: Nur leichtes kritisches Säuseln und Murren.

Ich will nur ein Stichwort nennen: Die Städte und Gemeinden fordern seit langem vehement, dass das Land NRW seine Verpflichtung einlöst und die höheren Kosten für Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt. Ein Gutachten hat bestätigt, dass die Pauschale des Landes nicht ausreicht und erhöht werden muss. Das Land lässt die Kommunen auf 70 Prozent der Kosten sitzen.

Das Gutachten liegt nun seit über einem Jahr vor und stellt einen Anpassungsbedarf fest, je nach Größe der Stadt und Gemeinde zwischen 500 bis 6500 Euro pro Person.

Nun hat die Landesregierung offenbaren müssen, dass sie durch unbesetzte Stellen mindestens 970 Millionen Euro nicht ausgeben wird. Anstatt damit ihr eigenes Versprechen einzulösen und die Anhebung der FlüAG-Pauschalen zu finanzieren, schafft man sich lieber ein üppiges Finanzpolster für 2020.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass Sie vor diesem Hintergrund der von der SPD-Fraktion vorgelegten Resolution zustimmen werden.

Das NRW-Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung hat die endgültigen Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 festgesetzt. Demnach erhält Rheinbach keine Schlüsselzuweisungen, sondern partizipiert nur an der Allgemeinen Investitionspauschale, der Schul- und der Sportpauschale. Insgesamt bedeutet dies eine Zuweisung von rund 2,7 Millionen Euro.

Ich stelle fest: Es gab von 2005 bis 2010 in Nordrhein-Westfalen schon einmal eine Landesregierung unter Führung der CDU. In diesen Jahren haben wir eine massive Ausblutung kommunaler Finanzen durch die damalige Landesregierung festgestellt. Und aktuell scheint diese Entwicklung zu Ungunsten der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden unter

der Führung von CDU-Ministerpräsident Laschet wieder salonfähig zu werden. Wo bleibt Ihr Aufschrei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU?

Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

die Welt verändert sich rasant. Der Klimawandel ist das Thema des Jahres. Allen ist bewusst: Wenn das Ziel einer Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf 1,5% nicht erreicht wird, werden wir mit Szenarien leben, die wir uns heute noch nicht vorstellen können. Der Meeresspiegel wird so ansteigen, sodass zum Beispiel Bangladesch zur Hälfte unter Wasser stehen wird, die Niederlande nicht mehr sein und die Norddeutsche Tiefebene verschwunden sein wird. Obwohl dies allen bewusst ist, verhalten wir uns alle so, als ob unser Verhalten nichts mit diesen Vorgängen zu tun hätte.

Welche Folgen hat dies für uns in Rheinbach? Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass alles getan werden muss, um eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu erreichen.

Die Natur braucht den Menschen nicht, aber der Mensch braucht die Natur! Deshalb müssen wir global denken und lokal handeln. Wo kann am meisten CO<sub>2</sub> eingespart werden? Eine Reduzierung des individuellen Autoverkehrs mit Verbrennungsmotor ist zu erreichen. Wir fordern deshalb ein nachhaltiges Umdenken: Ausbau des Radwegenetzes in unserer Stadt, eine Verkehrslenkung, die den Durchgangsverkehr aus der Kernstadt heraushält, eine Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und Car-Sharing.

Mit unserem Antrag zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Rheinbach machen wir erneut deutlich, dass sich die Radverkehrsinfrastruktur in Rheinbach oft in einem schlechten Zustand befindet. Beschlüsse des Fachausschusses für konkrete Maßnahmen zur Instandsetzung oder Verbesserung von Radverkehrsinfrastruktur werden nicht umgesetzt, bspw. die Beschlüsse aus Oktober 2018. Damit das letztlich nicht am Geld scheitert, sollen Mittel in den im Antrag genannten Haushaltstiteln ausschließlich für Maßnahmen zur Instandhaltung und Verbesserung von Fahrradinfrastruktur reserviert werden. Die prozentuale Höhe orientiert sich dabei am Anteil des Radverkehrs im Modal Split.

Das Busticket für 1 € hat in Bonn im Rahmen des Modellversuches gut funktioniert. Wenn der Umstieg vom Individualverkehr auf den Öffentlichen Nahverkehr gelingen soll, muss gerade der Nahverkehr zu einer attraktiven und finanziell erschwinglichen Alternative werden. Denn zu einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr gehören neben einem leistungsfähigen Fahrplanangebot auch niedrige Preise. Vor diesem Hintergrund bedauert die SPD-Fraktion die jüngsten Preiserhöhungen im Verkehrsverbund. Die Preiserhöhungen waren eine falsche Maßnahme und sind absolut nicht zeitgemäß.

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, steht mit Nachdruck zur Gesamtschule. Dazu möchten wir alle notwendigen Maßnahmen unterstützen, damit die Schule weiterhin ihren Erfolgskurs fortsetzen kann. Um aber erfolgreich zu sein, benötigt die Schule auch eine angemessene bauliche Ausstattung an Räumen. Für die Erteilung des Sportunterrichts nutzt die Gesamtschule u. a. Turn- und Sporthallen in der Villeneuver Straße und am Dederichsgraben. Bereits im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2019 haben wir die Frage gestellt, ob die vorhandenen Sportflächen ausreichend dimensioniert und von Größe und Ausstattung her den schulischen Anforderungen entsprechen. Die Schulleitung der Gesamtschule Rheinbach hat seinerzeit bereits nachvollziehbar dargelegt, dass die für die Erteilung des Sportunterrichtes maßgeblichen Normen für den kommunalen Sportstättenbau nicht bei allen von

der Schule genutzten Hallen gegeben sind. Wir Sozialdemokraten wollen heute im Investitionshaushalt 30.000 Euro an Planungskosten für die Errichtung einer Sporthalle bereitstellen.

Wir sehen in einem solchen Beschluss keine Vorwegnahme zu der auf unseren Antrag hin im letzten Jahr erfolgten Beauftragung der Verwaltung, für Rheinbach eine Sportstättenplanung vorzulegen. Uns Sozialdemokraten ist es wichtig, keine Zeit zu verlieren und nach der für den Herbst 2020 zu erwarteten Vorlage der Sportstättenplanung zügig Planungsaufträge erteilen zu können, um nicht auf die Haushaltberatungen des Jahres 2021 zu warten. Ich hoffe, wir können uns insgesamt auf dieses positive Signal an die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die übrigen Sporttreibenden in dieser Stadt gemeinsam verständigen.

Die bauliche Unterhaltung unserer kommunalen Funktionsgebäude, in erster Linie sind dies unsere Schulgebäude, ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Ohne ein bedarfsgerechtes Bereitstellen der Mittel für die bauliche Unterhaltung können in den Schulgebäuden und Schulsporthallen weiter nur die notdürftigen und unabweisbaren Reparaturen, nicht aber sachgerechte Bau- und Substanzerhaltung, durchgeführt werden. Das muss sich in der nächsten Legislaturperiode ändern. Kommunale bauliche Unterhaltung in großen Teilen nur aus Sonderprogrammen des Landes, bspw. Gute Schule 2020, zu finanzieren, greift zu kurz und trägt nicht zu einer nachhaltigen Substanzerhaltung kommunaler Gebäude bei.

Zum Bereich der schulischen Infrastruktur gehört auch ein verlässliches Ganztagsangebot und der Ausbau der Schulsozialarbeit. Angesichts der demografischen Lage unseres Landes, meine Damen und Herren, und der sich zuspitzenden sozialen Schieflage sind Investitionen in Schule, Bildung und Sport dringend geboten, um uns für die Zukunft wieder als führender Bildungsstandort zu etablieren und sozialen Verwerfungen präventiv zu begegnen.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen insgesamt mehr Solidarität in unserer Gesellschaft. Nicht alle Menschen haben Anteil am wirtschaftlichen Erfolg in diesem Land, obwohl sie in Vollzeit arbeiten. Bezahlbarer Wohnraum im Rhein-Sieg-Kreis und damit auch in Rheinbach ist ein knappes Gut. Explodierende Mieten, zu wenig Wohnraum und große Ratlosigkeit: Das Thema Wohnen ist die neue soziale Frage. Denn Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen des Menschen. Sorgenfreies Wohnen jedoch ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Wohnen ist inzwischen zur gesellschaftlichen Herausforderung geworden. Der Rückzug des Staates aus dem Sozialen Wohnungsbau, die Ökonomisierung, ein an Profitmaximierung orientiertes Spekulantentum sowie ein gespaltener Wohnungsmarkt lassen die philosophische Frage, was es eigentlich bedeutet, zu wohnen, völlig in den Hintergrund treten. Die aus meiner Sicht richtige Idee, dass der Staat breiten Bevölkerungsschichten Zugang zu Wohnraum zu verschaffen habe, ging im Laufe der Jahre zugunsten der marktwirtschaftlichen Idee zurück.

Alle müssen in Rheinbach die Möglichkeit haben, ob Alleinerziehende, junge Familien, Senioren, eine Wohnung zu finden, gleich wie hoch das Einkommen ist. Deshalb benötigen wir dringend eine ausgewogene Mischung aus sozial gefördertem und frei finanziertem Wohnraum auf städtischen wie auch auf privaten Flächen. Ich fordere deshalb für die SPD-Fraktion erneut die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Fokus auf kommunalen Wohnungsbau. Dies ist ein Baustein, um politisch bei der aktuellen Fehlentwicklung im Wohnungsbau gegenzusteuern. Wir Sozialdemokraten werben weiter dafür, wohl wissend, dass es bei den noch bis in den Herbst 2020 herrschenden Mehrheitsverhältnissen in diesem Rat wahrscheinlich dafür keine Zustimmung geben wird, Wohnraumkonzepte

grundsätzlich mit einer verbindlichen Sozialquote zu verbinden. Wir müssen jede Chance nutzen, um zu bezahlbarem Wohnraum zu kommen. Ich beantrage deshalb wie im Vorjahr, 50.000 Euro als Gründungskosten für eine Stadtentwicklungsgesellschaft in den Haushalt einzustellen.

Es wird vielfach beklagt, meine Damen und Herren, dass der öffentliche Raum in Rheinbach nicht mehr die Attraktivität früherer Jahre besitze. Sauberkeit in einer Stadt ist auch ein Zeichen für gemeinsam wahrgenommene Verantwortung und gelebten Zusammenhalt. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen wir uns gegen eine Gesellschaft, in der nur das „Ich“ zählt und eine allgemeine Achtlosigkeit für die Mitmenschen und den gemeinsam genutzten öffentlichen Raum als persönliche Freiheit verstanden wird.

Wir brauchen eine allgemeingültige Vereinbarung in der Stadtgesellschaft über den Umgang mit dem öffentlichen Raum. Dieser Prozess muss von der Stadt angestoßen, begleitet und vorgelebt werden. Deshalb muss die öffentliche Hand mehr in Sauberkeit investieren.

Mit der Reorganisation des Betriebshofes werden derzeit die Voraussetzungen geschaffen, den Betriebshof gezielt für Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Verbesserung der Sauberkeit und des Erscheinungsbildes des öffentlichen Raums einzusetzen. Dafür sollen 5% der Personal- und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im entsprechenden Haushaltstitel gesperrt und gezielt für diesen Zweck eingesetzt werden.

Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

ich möchte mit dem Dank der SPD-Fraktion schließen zunächst an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Eigenbetriebes – an erster Stelle auch an die Kämmerei unter der Leitung von Herrn Kohlosser – für die Zusammenstellung des umfangreichen Zahlenwerks, die Erläuterungen und auch die zahlreichen unterjährigen Informationen zur Haushaltslage und Finanzentwicklung der Stadt. Sie sind uns immer eine große Hilfe!

Wir wissen von den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tagtäglich engagiert im Einsatz sind und den Betrieb „Stadt Rheinbach“ am Laufen halten und die immer wieder aufs Neue der Stadt im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Gesicht geben.

Wir wissen, dass sie oft am und manchmal über das Limit der Belastbarkeit arbeiten. Dafür unser ganz herzlicher Dank auch an dieser Stelle!

Ich danke auch den Ortsvorstehern und den Ortsausschüssen, die engagiert die Interessen der Ortsteile vertreten und für eine lebendige Gemeinschaft in Rheinbach sorgen.

Herr Bürgermeister,

ich habe eingangs David Ricardo mit dem Satz „Die Defizite von heute, sind die Steuern von morgen“ zitiert. Und gefragt habe ich, ob dies die Überschrift über rund 20 Jahre finanzieller Verantwortung von Bürgermeister Stefan Raetz für Rheinbach sein könnte. Die Faktenlage spricht da zunächst einmal eine deutliche Sprache, die zwangsläufig zu einem Ja führen muss.

Mit einem Blick auf das kommunale Eigenkapital sehen wir die dramatische Entwicklung. Ausweislich der NKF-Eröffnungsbilanz betrug das kommunale Vermögen 2009 rund 103 Millionen Euro. Dem zuletzt beschlossenen Jahresabschluss 2018 entnehmen wir, dass das

Rheinbacher Eigenkapital allein in diesen 10 Jahren um 44 Millionen auf 59 Millionen, also um rund 43 %, gesunken ist.

Ein Blick auf die Liquiditätskredite: Das Rechnungsergebnis für das Jahr 2009 beschreibt, dass die städtischen Konten ein Defizit von rund 42 Millionen Euro aufwiesen. Ende 2018 waren es rund 49 Millionen Euro. Zwar wird für 2020 ein Zahlungsüberschuss erwartet, aber über allem schwebt das Zinsänderungsrisiko, von der Gemeindeprüfungsanstalt immer wieder genannt. Nur die seit Jahren extreme Niedrigzinsphase hat dazu geführt, dass der erheblich niedrige Zinsaufwand keine größeren Belastungen im Haushalt verursacht hat.

Und die massiven Erhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuern fallen ebenfalls in Ihren Verantwortungsbereich.

Mir ist bewusst, dass sich eine Stadt nicht immer gegen die nicht auskömmlich finanzierten Aufgaben von Bund und Land wehren kann. Trotzdem bleibe ich bei meinem über die Jahre immer wieder formulierten Vorwurf, dass das Rheinbacher Defizit auch von hausgemachten Fehlern negativ beeinflusst ist.

Insofern, Herr Bürgermeister, kann das fiskalische Schlusszeugnis nur zufriedenstellend ausfallen.

Aber es ist Ihnen in all den Jahren gelungen, ohne Nachtragshaushalt auszukommen. Das muss ich positiv anmerken. Aber bevor es jetzt zu ironisch wird, sei darauf hingewiesen, dass Sie Ihre Etatentwürfe an gesetzlichen Anforderungen vorbei immer erst im laufenden Haushaltsjahr eingebracht haben, und sie auch dann verspätet verabschiedet wurden. Damit gab es über Monate hinweg eine sogenannte haushaltlose Zeit, es konnte nur in beschränktem Maße Geld ausgegeben werden und Rechnungsergebnisse fielen zwangsläufig besser aus. Und damit, Herr Raetz, verfügten Sie stets, gebilligt durch die Sie stützende CDU, über ein ausreichendes Finanzpolster, ohne den Rat weiter beteiligen zu müssen. „Es ist Luft im Haushalt“ habe ich im Haupt- und Finanzausschuss gesagt und die von Ihnen beantragten sogenannten Ermächtigungsübertragungen sind dafür ein deutliches Zeichen.

Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

es ist bekannt, dass ich nun sukzessive meine politische Arbeit in Rheinbach beenden werde. Dies gilt für den örtlichen Parteivorsitz und auch für meine Mitarbeit in diesem Stadtrat. Und somit war das auch meine letzte Haushaltsrede von diesem Pult aus. Sie werden mich zwar noch bis zum Ende der Legislaturperiode als kritische, aber konstruktive Stimme ertragen müssen, aber die rote fiskalische Karte werde ich Ihnen nicht mehr vorhalten.

Die Gemeinde, meine Damen und Herren, ist Grundlage und Glied des demokratischen Staates. Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner und erfüllt unter anderem die ihr vom Land und Bund zugewiesenen Aufgaben. Wir haben die Möglichkeiten, durch eigenes Handeln unsere Heimat selbst zu gestalten. Es liegt damit an unseren Entscheidungen und an unserem Wirken wie wir unsere Heimat und unsere eigene Zukunft gestalten wollen. Die Arbeit ist dabei so vielseitig. Angefangen bei sozialen, ökologischen und bildungspolitischen, über städtebaulichen, bis hin zu familienpolitischen Themen.

Mit einem Zitat von Willy Brandt möchte ich schließen: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Lassen Sie uns gemeinsam damit heute beginnen und stimmen Sie den Haushaltsbegleitanträgen der SPD zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf Rheinbach!